

Gottscheer Zeitung

Bezugspreise:

für Jugoslawien: ganzjährig 20 K, halbjährig 10 K.
für Österreich: ganzjährig 26 K, halbjährig 13 K.
für Amerika: 2 50 Doll. — Einzelne Nummern 70 h.

Gottschee, 1. Jänner 1920.

Briefe ohne Unterschrift werden nicht berücksichtigt. —
Zuschriften werden nicht zurückgestellt. — Berichte sind
zu senden an die Schriftleitung. — Postsp.-Nr. 10.975.
Anzeigen-Aufnahme u. -Berechnung in der Buchdruckerei.

An unsere geehrten Abnehmer!

Infolge der neuerlichen Verteuerung des Papiers um 100 Prozent, des sonstigen Materials (Druckerschwärze usw.) um 1000 Prozent sowie wegen der bedeutenden Erhöhung der Druckkosten, die im übrigen nicht übermäßig gehalten, sondern durch die steigende allgemeine Teuerung bedingt sind, ist unserem Blatte eine mehr als 100-prozentige Erhöhung der Herstellungskosten erwachsen. Wir sind demnach gezwungen, vom 1. Jänner 1920 an die Bezugsgebühr der „Gottscheer Zeitung“ folgendermaßen zu erhöhen:

Für das Inland

ganzjährig K 20.—
halbjährig „ 10.—
vierteljährig „ 5.—

Für Deutschösterreich
(wegen des Valutaunterschiedes)

ganzjährig K 26.—
halbjährig „ 13.—
vierteljährig „ 6.50

Die „Gottscheer Zeitung“ erscheint vom 1. Jänner 1920 an in größerem Format.

Der heutigen Nummer unseres Blattes sind für die Verteilung im Inlande Erlagscheine der Postsparkasse beigelegt. Wir ersuchen dringend um freundliche Einsendung des Bezugsbetrages noch im Laufe dieses Monats, damit in der Zusendung des Blattes keine Verzögerung eintrete. Da wir wegen der großen Kosten des Papiers die Herstellung einer größeren Menge von nicht bestellten Stücken der Jänner-Nummern nicht riskieren können, mußte die Zusendung des Blattes sofort eingestellt werden, falls die Erneuerung der Bezugsgebühr nicht noch im Laufe dieses Monats geschieht.

Um den geehrten Abnehmern unseres Blattes in Deutschösterreich den Bezug desselben zu ermöglichen, haben wir vor, in Wien eine Zeitungsstelle zu errichten, und hoffen hierbei auf das freundliche Entgegenkommen und die gütige Mitwirkung unserer Landsleute dorthelbst, sowie beim Werbegeschäfte für das heimatische Organ auch auf die werktätige Mitarbeit der geehrten landmannschaftlichen Gottscheer-Vereine in Wien, Graz, Klagenfurt usw. Wir streben an, die Sache derart zu regeln, daß die bei der Zeitungsstelle in Wien durch Postanweisung einzuzahlenden Bezugsgelder durch Vermittlung einer Bank an uns gelangen. Falls wegen Postsperrre oder aus anderen Gründen die Gründung einer Zeitungsstelle in Wien dormalen noch nicht möglich sein sollte, ließe sich die Sache auch so einrichten, daß die auswärtigen Abnehmer einen Verwandten oder Bekannten in der Heimat ersuchen, er möge

für sie einstweilen vorschufweise den Bezugsbetrag erlegen. Dies könnte auch gruppenweise bewerkstelligt werden.

Die „Gottscheer Zeitung“ ist gegenwärtig das einzige deutsche Blatt in Krain und im Süden. Ihr Fortbestand ist für unsere engere Heimat nicht nur eine Ehrensache, sondern auch ein dringendes, sozusagen unabweisliches Bedürfnis, da unsere Landsleute einzig und allein durch die „Gottscheer Zeitung“ über die Ereignisse in der Heimat unterrichtet werden und auch die Verordnungen und Verfügungen der Ämter und Behörden erfahren können. Wir hoffen demnach zuversichtlich, daß nicht nur alle alten Abnehmer unserem Blatte treu bleiben werden, sondern daß dasselbe in den Kreisen unserer Landsleute und der Freunde unserer Heimat noch weitere, ausgedehntere Verbreitung finden wird.

Die Verwaltung der „Gottscheer Zeitung.“

Unsere Arbeit im neuen Jahr.

Ein neues Jahr hat seinen Lauf begonnen und ohne Raft setzt es denselben fort, bis die zwölf Monate wieder voll werden. Was es an Freud und Leid bringen wird, wer kann es vorher sagen? Eines nur weiß ich, daß Glück und Friede im neuen Jahr keineswegs bloßem Wunsche, sondern vielmehr der ehrlichen Arbeit jedes einzelnen beschieden sein wird. Jeder ist seines Glückes Schmied. Wo der Wille vorhanden ist, mit Neujahr mutig weitere zeitenstprechende Arbeit zu leisten, dort braucht um die Zukunft niemandem bange zu werden. Nachstehend sei auf vier Gebiete hingewiesen, auf denen wir uns im neuen Jahre in einträchtiger Arbeit zu Nutz und Frommen der Heimat betätigen sollen. Gemeint ist das religiöse Gebiet, das wirtschaftliche, das nationale und das politische. Warum die Notwendigkeit religiöser Betätigung oder praktischen Christentums an erste Stelle gesetzt ist, wird eines längeren Beweises wohl nicht bedürfen. Es hieße auf Sand bauen, wo ohne Rücksicht auf Gott gearbeitet wird, da an seinem Segen noch immer alles gelegen ist. Daß der Krieg auch auf religiösem Gebiete mancherorts ganz verheerend gewirkt hat, zumal in den Reihen jüngerer Burschen und da und dort sogar bei älteren Jahrgängen beiderlei Geschlechtes, und Ansichten laut werden, als ob mit dem staatlichen Umsturz auch Gott und Glaube außer Geltung gesetzt worden seien, ist gewiß wahr, doch eine Widerlegung der Notwendigkeit gläubigen Lebens ist es nicht. Im Gegenteil. Je mehr sich der Ingrimm aller Umsturzparteien gegen die Religion wendet, desto inniger wird naturgemäß der Zusammenschluß

aller noch auf dem Boden christlicher Überzeugung Stehenden werden. Die Religion ist uns ja nicht Privatsache oder zur Seite zu schiebende Nebensache, wie es die Sozialdemokraten wünschen, sondern Hauptsache, von der Zeit und Ewigkeit abhängt.

Die weitere gemeinsame Arbeit im neuen Jahre soll auf landwirtschaftlichem Gebiete geleistet werden. Es wäre gefehlt, wollte man da zuviel auf staatliche Hilfe sich verlassen. Eigener Fleiß ist die beste Stütze, und was durch Fleiß unserem sonst als mager verschrieenen Boden abgerungen werden kann, hat die Kriegszeit bewiesen. Frauen und Kinder arbeiteten da am Felde und versorgten das Vieh und siehe — das Erträgnis reichte für die Familie aus. Noch gefehlt, ja geradezu töricht wäre es, wollte jetzt jemand ohne zwingende Ursache Haus und Grund verkaufen, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen Hab und Gut am sichersten im Grund und Boden geborgen ist. Wir Arbeiter in Amerika, schreibt ein Landsmann, verdienen viel, verbrauchen aber auch sehr viel, da alles brennteuer geworden ist. Am besten geht es jetzt dem Farmer, welcher die Lebensmittel nicht zu kaufen braucht. Diese Äußerung sollen jene wohl beherzigen, die statt Bauern lieber Fabriksarbeiter werden möchten. Wenn darauf hingewiesen wird, daß durch die unerhörte Teuerung, durch Nichtanerkennung der Kriegsanleihen, durch die steigende Entwertung der Krone, durch achtsündige Arbeitszeit der landwirtschaftlichen Dienstboten und Tagewerker der Bauer jede Lust zur Arbeit verlieren müsse und dem Ruin entgegengehe, muß darauf erwidert werden, daß alle diese bösen Dinge noch nicht Tatsache sind und, so hoffen wir, alle auch nicht Tatsache werden, weil denn doch angenommen werden muß, daß die Regierung die materielle Wohlfahrt und nicht den wirtschaftlichen Niedergang der Bevölkerung beabsichtigt. Soweit aber die vorgenannten bösen Dinge bereits Tatsache sind, werden von ihnen auch die übrigen Bevölkerungsschichten betroffen und werden die kommenden harten Tage alle zu spüren bekommen. Immerhin wird es dem Bauernfleiß noch am ehesten gelingen, sich von den Folgen des Krieges zu erholen. Drum bleib am Lande und nähr' dich redlich.

Über unsere nationale Arbeit im neuen Jahre kann nicht viel geschrieben werden, weil wir nicht wissen, wie weit die Behörden den bisher ausgeübten Druck zu mildern gesonnen sind und weil uns noch nicht bekannt ist, wie weit der vor kurzem vertragsmäßig festgestellte Schutz völkischer Minderheiten reicht.

So wollen wir uns einstweilen wenigstens jener Rechte bedienen, die man uns bisher noch gelassen hat. Jeder rede und schreibe dort deutsch, wo er es noch darf; jeder schicke seine Kinder in die deutschen Klassen, solange diese noch bestehen;

jeder empfinde es als heilige Pflicht, seinem Volke deutsche Treue zu bewahren. Unwirdig und schmachlich wäre es, um augenblicklichen Vorteiles willen Überläufer und Verräter zu werden. Und nun noch etwas über die politische Arbeit. Die klügste Politik wird es wohl sein, daß wir jederzeit geeint dastehen und uns im übrigen nicht zu viel über das politische Getriebe unserer Nachbarn erheben, es sei denn, daß wichtige, die Allgemeinheit betreffende Fragen unsere Stellungnahme erheischen. Die erste im neuen Jahre uns Gottscheer interessierende politische Arbeit werden die Gemeindevahlen sein. Jeder stehe dann auf dem Platze, wohin er gehört.

Bur Jahreswende!

Du kommst aus lichtem Wolkenflaum,
Dein Scheitel will die Sterne streifen,
Und deines Mantels Perlensaum
Seh' ich durch dunkle Gassen schleifen.

Um Mitternacht kommst du zur Welt.
Als Gottes Demant — Stundenhammer
Lichtsprühend auf den Umboß fällt,
Trittst du in meine enge Kammer.

Was du mir bringst, ich nehm' es hin;
In meine Lade will ich's schließen,
Und wenn ich einmal König bin,
In goldgefaßte Steine gießen.

Was ich verschließe, weiß ich nicht.
Vielleicht ein Päckchen alter Schmerzen,
Durchsonnt von mildem Flackerlicht
Zärtlich gepuzter festtagskerzen.

Was du mir bringst, vielleicht nicht viel.
Dein Jauchzen, nur ein mattes Klingeln;
Ein müdes Tasten bis zum Ziel,
Ein Taumeln mit gelähmten Schwingeln.

Vielleicht kommt auch der Tag herbei,
Dem ich mich ohne Groll ergebe;
Dann laß' ich meine Seele frei,
Daß himmelwärts sie sich erhebe.

Vielleicht auch, daß nach einer Nacht
Ein Maienmorgen, blütenhelle,
An meine Türe pocht und lacht:
„Mach auf und küsse mich, Geselle!“

Vielleicht, vielleicht . . . ich weiß es nicht.
Noch steht die Nacht vor aller Türen,
Kein Flammenzeichen glüht und spricht:
Ich will dich durch das Dunkel führen.

Sumperer.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Vom Finanzdienste.) Herr Franz Starin, Ober-Steuerverwalter und Leiter der Bezirkssteuerbehörde in Gottschee, wurde nach Laibach versetzt; Herr Fr. Kratner, Steuerverwalter in Stein, wurde zum Leiter der Bezirkssteuerbehörde in Gottschee ernannt. — Herr Ober-Steuerverwalter Starin hat Gottschee, einem ehrenvollen Rufe Folge leistend, vor ein paar Tagen verlassen, um bei der Delegation des Finanzministeriums in Laibach in Verwendung genommen zu werden. Wir haben den Herrn Ober-Steuerverwalter mit Bedauern von Gottschee scheidend, hatte er sich ja doch während seiner langjährigen Dienstzeit in Gottschee wegen seiner fachmännischen Tüchtigkeit, seiner unparteiischen Objektivität und seines strengen Gerechtigkeitsfinnes die ungeteilte Wertschätzung aller Kreise der Bevölkerung erworben. Möge es Herrn Ober-Steuerverwalter Starin und seiner geehrten Familie in Laibach recht wohl ergehen.

(Ernennung.) Zum Chef der neuerrichteten Eisenbahninspektion in Laibach wurde der Oberbaurat Herr Ing. Max Lodič Ritter von Sabladski, Direktor-Stellvertreter der bestandenen Eisenbahndirektion in Laibach, ernannt.

— (Zum neuen Jahre) wünschen wir allen geehrten Abnehmern unseres Blattes das Allerbeste. Die früheren Kriegsjahre zeigten ein blutrünstiges Antlitz. Was wird uns das neue Jahr bringen? Die Teuerung, diese große Völkergeißel, die alle Länder der Erde schwer heimgesucht hat, wird, wie es den Anschein hat, leider nicht verschwinden, sondern eher noch zunehmen. Im übrigen stehen wichtige Dinge in Aussicht: die Gemeindevahlen, die Reichstagswahlen, die Valutaänderung, der Minderheitenschutz usw. Im abgelaufenen Jahre haben wir in Gottschee viel Schweres und Bitteres erlebt. Wird sich das schwarze Gewölke nun endlich teilen, leuchtet uns ein freundlicheres, lichter Morgenrot entgegen? Wir haben die schweren Tage mit ruhiger, schweigender Würde ertragen, wir werden uns auch künftighin durch das Schicksal nicht beugen lassen. Einigen Sinnes wollen wir unserer teuren Heimat treu bleiben auch in den Tagen ihrer Heimsuchung. Endlich werden ja doch wieder bessere Zeiten kommen. Mut verloren, alles verloren! Den Mut werden und dürfen wir nie verlieren, in aufrechter, männlicher Haltung wollen wir auch fernherhin den Kampf mit dem Schicksale aufnehmen. Möge uns Gottes Vorsehung dabei schützen und schirmen.

(Gimpeljang.) Mit Speck fängt man Mäuse und mit Leinspindeln Gimpel. Bei uns gehen jetzt auf dem Lande auch ein paar Leute herum, um unsere Bauern auf die sozialdemokratischen Leinspindeln zu locken. Wer auch nur oberflächlich mit der Politik vertraut ist, weiß, daß die Sozialdemokratie keine bauernfreundliche Partei ist, sondern das Gegenteil. Einem vernünftigen Bauer wird es daher sicherlich nicht im Traume einfallen, sich einer solchen Partei anzuschließen. Nur die allergrößten Käiber wählen ihre Metzger selber!

(Brückensperre.) Die Brücke über die Gark zwischen Dvor (Hof) und Jama ist wegen Schadhastigkeit für den Wagenverkehr behördlich gesperrt worden.

(Nicht faulenzeln, sondern arbeiten!) Unsere Zeit ist krank. Der lange Krieg mit seinen verderblichen Folgen hat sie krank gemacht. Die sittlichen Grundzüge sind vielfach ins Wanken gekommen. Alles möchte viel genießen, Geld verdienen und Vermögen erraffen, dabei aber möglichst wenig arbeiten, sondern sich auf die faule Haut strecken. Für das Faulenzen oder die halbe oder halbgeschlichtige Arbeit verlangt man aber glänzende Bezahlung. Solche Grundzüge wirken ansteckend auch auf Kreise, denen arbeiten stets so viel war als leben. Das Neufager „Deutsche Volksblatt“ schreibt (16. Dez.), daß sich manche Bauern in der Batscha bereits die Frage vorlegen, ob es sich jetzt überhaupt noch lohne, die Felder über den eigenen Bedarf hinaus zu bestellen, da man für das entwertete Geld kaum mehr etwas bekomme und trotz angestrengtester Arbeit nicht in der Lage sei, die Bedürfnisse des Hauses an Kleidern, Schuhen, Werkzeugen u. dergl. zu bestreiten. Angesichts solcher Nachrichten überkommt einen ein kalter Schauer. Das wäre der Anfang zum Ende der Kultur! „Nur produktive Arbeit kann uns“, schreibt das genannte Blatt, „aus dem Sumpfe herausführen, in dem wir sonst rettungslos ersticken müssen. Da gilt keine Selbstsucht, sondern gewissenhafte Pflichterfüllung, die ihren Lohn findet und finden muß. Ist doch die Arbeit des Landwirtes, weit mehr, als die eines jeden anderen Berufes, auch in normalen Zeiten von dem Wanken höherer Mächte abhängig — und was sind denn alle die traurigen Erscheinungen der Nachkriegszeit anderes als Elementarereignisse gleich Sonnenbrand und Hagelschlag und Winterfrost, die doch niemanden davon abhalten dürfen, seine Felder zu bestellen, in Haus und Hof seiner Arbeit nachzugehen. Der Segen aber liegt in des Allmächtigen Hand, ohne dessen Wille kein Sperling vom Dache fällt.“ — Möge das neue Jahr, das wir heute begrüßen, für uns alle ein Jahr segensreicher Arbeit und treuer Pflichterfüllung werden. In diesem Sinne rufen wir: Heil Neujahr 1920!

(Banknotenmarkierung in Gottschee.) In Gottschee wurden im ganzen Banknoten im Gesamtwerte von 8,780.230 Kronen markiert. Davon entfallen 3,795.050 Kronen auf das Steueramt, 1,981.690 Kronen auf das Postamt und 3,003.490 Kronen auf die städt. Sparkasse.

(Staatliche Jagdkarten.) Mit 31. Dezember 1919 haben alle Jagdkarten, die bisher

im Bereiche der Landesregierung für Slowenien herausgegeben wurden, ihre Gültigkeit verloren und es werden neue einheitliche Jagdkarten mit der Gültigkeit für jenes Kalenderjahr, in welchem sie herausgegeben werden, eingeführt. Mit 1. Jänner 1920 gibt es 1. Staats-Jagdkarten, die für das ganze Königreich gültig sind; die Tage beträgt 30 K; 2. Jagdkarten für Jagdaussichtspersonen; Tage 5 K; 3. Schülerjagdkarten, gültig für das Schulrevier; Tage 2 K. Außer der Tage ist noch der Stempel zu zahlen. Andere Jagdkarten sind ungültig.

(Kein Visum der Auslandspässe seitens der Militärbehörden.) Vom 16. Dezember 1919 an werden seitens der Militärbehörden keine Auslandspässe mehr viduiert. Diese Pässe viduieren von nun an die Polizeibehörden als die einzigen hierfür kompetenten und verantwortlichen Behörden. Das Publikum wird demnach aufmerksam gemacht, sich in Passangelegenheiten an keine Militärbehörden mehr zu wenden.

(Maximalpreise für Lebensmittel in allen Gemeinden.) Aus Belgrad wird gemeldet: Das Ernährungsministerium übersandte an alle Gemeinden eine Verordnung, in welcher die Gemeinden aufgefordert werden, die Höchstpreise für Lebensmittel regelmäßig vorzuschreiben.

(Regelmäßige Züge Laibach-Triest.) Vom 17. Dezember v. J. an verkehrt regelmäßig alle Tage ein Zug, der aus Triest um 8 Uhr 30 Minuten abfährt und um 17 Uhr 18 Minuten (5 Uhr 18 Min. nachm.) in Laibach ankommt, der Gegenzug verläßt Laibach um 10 Uhr 45 Min. und trifft um 21 Uhr (9 Uhr abends) in Triest ein.

(Entschädigung des Königreichs der S. S.) Das Königreich der S. S. erhält zufolge Entscheidung der Reparationskommission eine Entschädigung von zwei Milliarden Franken, welche Summe bis 1921 zu zahlen sein wird. Die erste Abschlagszahlung wird mehr als 100 Millionen betragen.

(Devisenzentrale in Laibach.) Bei der Landesregierung für Slowenien in Laibach ist eine Devisenzentrale errichtet worden.

(Einfuhr von Zucker.) Zwischen Jugoslawien und der tschechoslowakischen Republik ist ein Handelsabkommen vereinbart worden, nach welchem Tschechoslowakien unserem Königreiche 1100 Waggon Zucker liefern wird.

(Minderheitenschutz.) Die Klausel über den Schutz der nationalen und konfessionellen Minderheiten ist bei der bereits erfolgten Unterfertigung des Friedensvertrages durch Jugoslawien ohne Vorbehalt angenommen worden. Hingegen wurden die Bestimmungen über die finanziellen Fragen, insbesondere über die von den losgetrennten Gebieten der gewesenen österr.-ungarischen Monarchie zu leistenden Befreiungstagen, nur mit dem Vorbehalte gefertigt, daß hierüber mit Genehmigung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Japans noch eine besondere endgültige Vereinbarung getroffen werden soll, welche Modifikationen zuläßt.

(Minderheitenschutz.) Das „Deutsche Volksblatt“ (Neufager) schreibt: Politisch betrachtet vermögen wir in der völkerrechtlichen Stipulierung des Minderheitenschutzes und in dessen Unterstellung unter die Kontrolle des Völkerbundes keine Niederlage irgendeines Staates, sondern nur den Sieg eines von edlen Geistern geborenen Prinzipes zu erkennen, das die Ideale der Menschlichkeit und der Völkerverbrüderung aus dem Phrasenschwalle heraus in beglückende Taten umwandeln soll. Daß die großen Staaten diese Konsequenz für sich ablehnen, bleibt nur beschämend für sie selbst, und die Früchte dieser Engherzigkeit werden ihnen nicht erspart bleiben. Tun wir nur unsere Schuldigkeit und wir dürfen überzeugt sein, daß die sieghafte Macht der Idee alle anderen mit sich fortreißen wird. Recht und Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Selbstbestimmung, Schutz der kleineren Völker — das alles war es ja doch, wofür dieser schrecklichste aller Kriege geführt worden ist, und es wäre geradezu entsetzlich, wenn sich alle diese Hoffnungen und alle eitle Träume oder gar alle wohlberechnete Schlagwörter erweisen sollten, die nun, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan, in die Kumpelkammer verwiesen werden!

(Zeitungen aus feindlichen Ländern.) Wie verlautet, hat das Ministerium des Innern entschieden, daß die Redaktionen von nun an die Blätter der feindlichen Länder wieder erhalten dürfen, und zwar aus Deutschland, Österreich und Ungarn. Hiemit erfolgte eine teilweise Aufhebung des Verbotes betreffend die

Einfuhr von Zeitungen aus dem feindlichen Auslande in unserem Staat.

— (Der solide Kaufmannsstand und der Warenwucher.) Das „Agrarier Tagblatt“ schreibt, daß die strenge Einhaltung der Verordnungen über die Preistreiberien und den Warenwucher nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Kaufleute selbst liege. Die kaufmännischen Organisationen hätten ihre Mitglieder belehren sollen, daß es im Interesse des in der letzten Zeit so arg geschädigten Ansehens der Kaufleute liege, daß sie durch strikte Einhaltung aller Vorschriften ihren guten Ruf wieder herstellen. Es sei allerdings richtig, daß diese Mißbräuche bloß von einem geringen Teil der Kaufmannschaft verübt wurden. Gerade deshalb aber wäre es Pflicht ihrer Organisationen, darauf hinzuwirken, daß jeder Kaufmann, der Wucher treibt, nicht nur von der Staatsgewalt bestraft, sondern auch von der Organisation und von sämtlichen ehrlichen Kaufleuten einfach unmöglich gemacht werde.

— (Ausweisung aus Kanada.) Nach einer Meldung des „Neuen Tages“ (Wien) wurden in den letzten Wochen 60.000 Untertanen der ehemaligen österr.-ung. Monarchie, die dort als Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter sich ansäßig gemacht hatten, ausgewiesen.

— (Der Friedel.) Der 1. Jänner 1920 soll endlich den Frieden bringen. Den Frieden? Ist denn überhaupt noch Krieg? So mag einer oder der andere verwundert fragen. Es handelt sich jetzt nur noch um eine diplomatische Förmlichkeit, die den amtlich noch bestehenden Kriegszustand in den Friedenszustand überführen soll. Friedensfreude empfindet dabei niemand. Für so etwas sind wir überhaupt schon zu stumpf geworden. Und was für ein Frieden wird es werden? Wird der Völkerrauch aufhören? Wird es bald wieder so werden wie vor dem August 1914? Nach dem Horoskop einer englischen Zeitung wird Elend und Not nicht nur nicht verschwinden, sondern eher noch weiter steigen als zurückweichen. Europa wird sich auch weiterhin noch in konvulsischen Krämpfen winden, bis endlich in einem Zustande trauriger Erschöpfung die kranke Menschheit Ruhe und Heilung finden wird. Das „Agrarier Tagblatt“ schreibt: Der Mangel an lebenswichtigen Gütern ruft eine unerhörte Teuerung hervor, eine Teuerung, wie sie die an Qualen so reichen Annalen der Menschheit nicht kannten. Und der gemeine Mann, der nicht Ursache und Wirkung unterscheiden kann, der nicht weiter sieht als ein Blindler in dichtem Nebel, krümmt sich unter dem ehernen Tritt der Zeit und macht Regierung, Beamte, Behörden, Wucherer, Herrenleute und Stadlente, Geschäftsmann und Bauern für die Teuerung verantwortlich und verlangt zu leben, wie er in Friedenszeiten lebte. Er sieht nicht, daß die Menschen nur dann in Fülle leben können, wenn Fülle vorhanden ist, wenn Fülle erzeugt wird, wenn alle Räder schnurren und die Pflüge die Erde rigen.

— (Die amerikanische Flottenrüstung.) Der Admiralsrat der Kriegsmarine Amerikas will dahinwirken, daß die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten im Jahre 1925 der stärksten Kriegsflotte der Welt ebenbürtig werde, falls es nicht gelingt, auf Grund internationaler Vereinbarungen bzw. mit Hilfe des Völkerbundes eine allgemeine Abrüstung durchzusetzen.

— (Meersalz.) Die Firma Ant. Krizper Colontale in Laibach bekommt Ende Dezember oder Anfang Jänner eine größere Sendung Meersalz über Triest. Dieses Salz gelangt in ganz Slowenien zur Verteilung und wird den einzelnen politischen Bezirksbehörden nach der Bevölkerungszahl zugewiesen werden. Die Disposition über das Salz im Bezirke wird die zuständige Bezirksbehörde haben. Kaufleute, Genossenschaften mögen sich daher wegen Zuweisung des Salzes an die politische Behörde wenden.

— (Banknoteninflation und Valutafrage.) „Slovenec“ bespricht in einem Leitartikel (21. Dezember) die herrschende Banknoteninflation und die Valutafrage. Die Überfüllung mit Banknoten ist eine der Ursachen der Teuerung, aber nicht die einzige. Es wäre ein großer Irrtum, würde man glauben, daß die Einschränkung des Banknotenumlaufes allein ein Fallen der Preise bewirkt. Die Preise sind nämlich nicht allein von der Menge des umlaufenden Papiergeldes abhängig, sondern auch von vielen anderen Momenten, vor allem von Angebot und Nachfrage im Warenverkehr. Es wäre also ganz verfehlt,

wollte man annehmen, daß die Teuerung sofort aufhören würde, wenn man die Noteninflation beseitigte, d. h. wenn man über Nacht die Menge der im Verkehr befindlichen Banknoten einschränkte. In Tschechoslowakien hat man dies ja versucht. Es wurde dort vor einigen Monaten die Hälfte der Banknoten aus dem Verkehr gezogen, die Preise fielen aber trotzdem nicht nur nicht, sondern stiegen sogar noch merklich. Auch bei uns hat man kürzlich ein Fünftel der Banknoten eingezogen. Die Preise fielen aber deshalb nicht, sondern stiegen sogar vielfach noch. Sicherlich muß die Noteninflation als eine der Ursachen der Teuerung beseitigt werden; aber allmählich, nicht plötzlich. Das beste Mittel zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse ist in erster Linie die Hebung der Produktion zusammen mit einer gesunden Konkurrenz, dann vermehrte Ausfuhr ins Ausland, in zweiter Linie die Abschöpfung der allzugroßen Banknotenmenge durch richtig bemessene Steuern, vor allem durch eine entsprechende auf die Kriegsgewinne, die durch Monate schon immer in Aussicht gestellt wird. Die Valutafrage kann demnach nicht in der Weise gelöst werden, daß die Krone mit dem Dinar im Verhältnis 4:1 oder gar von 5:1 umgetauscht wird, weil dies, wie wir es an dem Beispiele der von den Italienern besetzten Gebiete bei dem Umtausch der Kronen mit der Lire sehen, nur die eine Wirkung hätte, daß die Preise fürchterlich in die Höhe schnellen, so daß alles, was jetzt auf 1 Krone zu stehen kommt, dann 1 Dinar kosten würde. Das würde zweifellos einen vollen Zusammenbruch der Volkswirtschaft herbeiführen. Deshalb muß auf der Forderung beharrt werden, daß der Umtausch der Krone in Dinar nach dem Schlüssel 1:1 erfolge, nämlich in Dinars, die von der Emissionsbank herausgegeben und gesetzlich fundiert sind. Solange nicht normale wirtschaftliche Verhältnisse zurückkehren, wären dilettantische Lösungsversuche der Valutafrage, wie sie jetzt in Belgrad gemacht werden, ein Attentat auf die Volkswirtschaft aller jener Provinzen Jugoslawiens, wo die Krone im Verkehr steht. Überhaupt ist das eine Angelegenheit, die vor die Volksvertretung gehört und sich nicht durch bloße Ministerratsbeschlüsse lösen läßt.

— (Rüstungszwang.) Der Völkerbund im Geiste des Wilson'schen Antrages, der künftige kriegerische Zusammenstöße durch Schiedsgerichtsprechung unmöglich machen sollte, wird nicht verwirklicht werden. Die Völker werden deshalb leider auch künstlich die schweren Militärlasten tragen müssen, und zwar nicht bloß die Großstaaten, sondern auch die Kleinstaaten. Auch Jugoslawien wird für Gefahren an mehreren Fronten gerüstet sein müssen. Das „Agrarier Tagblatt“ meint, es werde das System der serbischen Armee auf die ganze Wehrmacht des Königreiches ausgedehnt werden, wodurch eine Friedensstärke von etwa 120.000 Mann und eine Kriegsstärke von 1 Million 200.000 Mann erforderlich würde.

— (Die Ausfuhr von markierten Banknoten verboten.) Der Finanzminister hat die Ausfuhr von mit der Signatur des Königreiches der SHS markierten Banknoten der österr.-ungarischen Bank aus dem Königreiche der SHS verboten. Übertretern dieses Verbotes werden die Banknoten zugunsten des Staates konfisziert und sie werden überdies im Sinne des § 145 des Zollgesetzes als Schmuggler abgestraft.

— (Briefverkehr mit Ungarn.) Am 15. Dezember wurde der Briefverkehr zwischen Jugoslawien und Ungarn aufgenommen. Die Briefpost nach und aus Ungarn unterliegt der Zensur.

— (Die Kriegsanleihe.) Gerüchtweise verlautet, daß die Übernahme der Kriegsanleihen in Jugoslawien zu 75 Prozent zu gewärtigen sei. Es ist das aber, wie gesagt, nur ein Gerücht. Auch eine Übernahme zu 75 % würde insbesondere für die Geldinstitute schwere Folgen nach sich ziehen. Es wäre am besten, die Kriegsanleihe zum Emissionskurs zu übernehmen, aber zu konvertieren und in ein langfristiges, etwa erst im Laufe von 40 Jahren zu tilgendes Staatsanleihen (Staatsrente) unter Herabsetzung des Zinsfußes zu verwandeln.

— (Verteuerung des Papiers.) Das Papier ist in Österreich um 100 Prozent verteuert worden. Die Hauptursache dieser Preiserhöhung liegt in den erhöhten Löhnen der Arbeiter.

— (Brennholzmangel in Wien.) Wiener Blätter melden, die Wiener Bevölkerung habe wegen Mangel an Brennholz in der Umgebung der Hauptstadt bis jetzt 150.000 Hektar Wälder ausgehakt.

— (Das Landesmuseum) in Laibach bleibt wegen Mangel an Heizmaterial bis zum Eintritt milderer Witterung geschlossen.

— (Gemeindevahlen und Parlamentswahlen.) Es verlautet, daß das gegenwärtige Parlament nicht mehr zusammentreten wird. Gegen Ende Jänner und zu Anfang Februar sollen, wie die Blätter berichten, die Gemeindevahlen stattfinden und im April die Wahlen für das Parlament. Es werden dies aber nicht Wahlen sein für die Konstituante, sondern für ein provisorisches Parlament, das die Aufgabe haben wird, alles vorzubereiten für die richtige Konstituante.

— (Richtigstellung.) Im Amtsblatt war neulich unter den ausgeschriebenen Lehrstellen auch die Oberlehrerstelle in Rieg angeführt, was wir in der vorigen Nummer unseres Blattes mitteilten. Es wird uns nun gemeldet, daß die Ausschreibung dieser Lehrstelle in irrthümlicher Weise erfolgte.

— (Unsere Kriegsgefangenen.) Noch immer schmachten Hunderttausende in Kriegsgefangenschaft. Und zu Hause verzehren sich seit Jahren ihre Angehörigen, Gatten und Väter, Mütter und Gattinnen, Söhne und Töchter in Kummer, Sorge und Angst um ihre Teueren. Am unglücklichsten sind wohl jene Gefangenen daran, die in Westsibirien untergebracht sind und Mangel an allem leiden. Keine Kleider, keine Schuhe, keine Wäsche, keine Medikamente, kaum nur die notdürftigste Nahrung! Dabei macht es der russischen Regierung und dem russischen Volke die eigene Not unmöglich, der Not dieser erbarmungswürdigen Kriegsgefangenen ein Ende zu bereiten. Auch aus der Stadt Gottschee weilen dort liebe Mitbürger, denen wir alle die größte Teilnahme entgegenbringen. Möge das Gewissen der Menschheit aufgerüttelt werden, damit diesen unglücklichen endlich Rettung gebracht werde. Auch wäre es nun hoch an der Zeit, daß auch Italien seinen Kriegsgefangenen aus Jugoslawien endlich die Freiheit gebe.

— (Bezüglich der Einwanderung nach Amerika) herrscht jetzt bekanntlich drüben eine eher ablehnende Stimmung vor; die Einwanderungsvorschriften sind, wie wir bereits mitgeteilt, verschärft worden. Die Reform der Einwanderungsgesetze trägt jetzt, wie „Atlas“ schreibt, einen stark politischen Charakter, während die bisherigen Gesetze vorwiegend auf wirtschaftlichpolitischen Erwägungen aufgebaut waren, nämlich auf dem Wunsche, vor allem der Lohnkonkurrenzierung des heimischen Arbeiters zu begegnen. Schon unmittelbar vor Kriegsausbruch sind einschneidende Verschärfungen dieser Bestimmungen verfügt worden. Jetzt will die amerikanische Regierung, die Nordamerika nun im Besitze einer großen Handelsflotte weiß, den Einwanderungsverkehr der nationalen Flagge zulenken und den Auswanderungsdampfern staatliche Inspektoren Nordamerikas begeben, welche die Einwanderer schon auf Bord nicht bloß körperlich untersuchen, sondern sie auch auf ihren Charakter, ihre Gesinnung, ihre Bildung usw. genau prüfen sollen. Der Einwanderer, wird erklärt, weiß es, ob er ein Anarchist oder Bolschewik oder Verbrecher ist, aber die nordamerikanische Behörde weiß es nicht. Deshalb sollen die Einwanderer vom Schiffsinspektor gleich auf Bord in drei Klassen gesondert werden: in die bedingungslos zugelassenen, in die unbedingt Auszuweisenden und endlich in die nur probeweise Einzulassenden. Als solche sollen diese so lange in der amtlichen Evidenz geführt werden, bis die Behörden sich überzeugt haben, daß die nötigen Voransetzungen für ihre endgiltige Aufnahme wirklich gegeben sind. Außerdem wird beim Eintritt in das Staatsgebiet eine Art Registration erforderlich sein, die dann durch vier Jahre alljährlich erneuert werden soll. Bei jeder Registration soll der etwaige Fortschritt des Einwanderers in der „Assimilierung“ festgestellt werden, wobei der Einwanderer, der es nicht lernt, sich englisch zu verständigen, höhere Gebühren zu entrichten haben wird. Wer schon im ersten Jahre Englisch und auch mindestens Einiges von der Geschichte Amerikas erlernt, der soll dagegen nur mehr mit ganz geringen Gebühren belastet werden. Diese neue Einwanderungspolitik will also dem Lande vor allem Bürger, nicht bloß Arbeiter-„Hände“ sichern.

— (Im Februar Umtausch der Kronennoten.) Im Finanzministerium hat die Kommission für die Regelung der Valutafrage ihre Arbeiten begonnen. Der Umtausch der Kronennoten mit Dinars wird schon im Jänner oder Februar stattfinden.

— (Passivum.) Seit einiger Zeit mußte das Passivum bei der deutschösterreichischen Ver-

tretung in Laibach persönlich eingeholt werden. Von dieser strengen Vorschrift wurde nunmehr wieder Umgang genommen und es kann das Visum wieder, wie dies früher der Fall war, durch dritte Personen eingeholt werden.

— (Todesstrafe für Eisenbahnräuber.) Nach einer Belgrader Meldung beabsichtigt die Regierung in kürzester Zeit die strengsten Maßregeln gegen Diebstähle auf den Eisenbahnen sowie gegen den Schmuggel zu ergreifen. Gegen die Schuldigen wird die Todesstrafe eingeführt werden, welche die Militärgerichte in Agram, Laibach und Meusach aussprechen werden.

— (Über Südbahn und Schulverein.) Die Hauptleitung dieser beiden Vereine ersuchte das österr. Konsulat in Laibach, an die Landesregierung in Laibach eine Eingabe zu richten, daß die verflügte Auflösung ihrer Ortsgruppen rückgängig gemacht und das beschlagnahmte Vermögen im Sinne des Friedensvertrages rückerstattet werde. Die Landesregierung in Laibach entschied nun folgendermaßen: „Unter Bezug auf die vorliegenden Zuschriften vom 15. September und 6. Oktober 1919 wird bekanntgegeben, daß das Staatsamt für innere Angelegenheiten in der Vermittlung des dortigen Amtes keine stichhaltigen Gründe findet, um die verflügte Auflösung der Ortsgruppen der deutschen Hauptvereine „Südbahn“ und „Deutscher Schulverein“ rückgängig zu machen. Als deutsche Kampfbünde ersten Ranges, wie sie sich in früherer Zeit hervortaten, sind sie auch mit eventuell geänderten Statuten beim neuen staatlichen Aufbau unmöglich. Der Standpunkt der Sequestration wurde dem dortigen Amte schon in mehreren Zuschriften auseinandergesetzt und in der vorliegenden Angelegenheit kommt nicht das Vermögen von Untertanen der österr. Republik in Betracht, sondern das Vermögen von Kampfbünden, das sie größtenteils im jetzigen Königreiche SHS erworben haben, daher von einer Übertretung irgend eines Artikels des Friedensvertrages nicht die Rede sein kann. Sie werden ersucht, in der vorliegenden Angelegenheit keine Zuschriften zu überreichen, weil der eingenommene Standpunkt unabänderlich ist. Doktor Warrn.“

— (Die Südslawen und der Völkerbund.) Die „Morgenzeitung“ meldet aus Paris, daß sich die südslawische Delegation bereit erklärt hat, dem Völkerbunde beizutreten.

— (Von der Südbahn.) Aus Budapest wird gemeldet, daß die Zentralleitung der Südbahn von Wien nach Paris verlegt werden soll.

— (Der Eisenbahnverkehr in Jugoslawien.) Nach einer am 27. November im Klub der demokratischen Vereinigung ausgeführten Darstellung des Verkehrsministers Drašković besitzt Jugoslawien insgesamt 7500 Kilometer Eisenbahnstrecken und dazu bloß 1600 Lokomotiven und rund 35.000 Waggons. Von diesem Material können bloß 25 Prozent als betriebsfähig gelten. Die übrigen 75 Prozent sind entweder vollkommen unbrauchbar oder bedürfen der Reparatur. Ein Fachbericht über den Stand unseres Eisenbahnmaterials würde gewiß die vollständige Einstellung unseres gesamten Eisenbahnverkehrs vorschlagen. Derzeit befinden sich 50 Lokomotiven in der Tschechoslowakei auf Reparatur. In Wien verhandeln der Minister Kristan und der Eisenbahngeneraldirektor über die Reparatur von weiteren 150 Lokomotiven gegen Rekompensation in Lebensmitteln. Indessen wird uns Österreich 50 Loko-

motiven leihen. Bulgarien schuldet uns 80 Lokomotiven und 1500 Waggons, verzögert jedoch deren Übergabe. Sämtliche Eisenbahnen in ganz Europa sind derart ruiniert, daß kein Staat Reparaturen größeren Stiles übernehmen kann. Wir wollten unsere Lokomotiven in der Schweiz reparieren lassen und boten als Kompensation Fette an, jedoch vergebens, da sämtliche Werkstätten bereits von französischen Eisenbahnen okkupiert waren. Wir haben nun ein amerikanisches Angebot erhalten, laut welchem innerhalb drei Monaten bei uns eine Eisenbahnwerkstätte um den Preis von 12 Millionen Kronen errichtet werden soll. Auch befindet sich derzeit in Belgrad ein berühmter amerikanischer Ingenieur, der unsere Eisenbahnverhältnisse prüft. Am schlechtesten steht es mit dem Eisenbahnverkehr in Serbien wegen der Kriegsverwüstungen. In Slowenien geht es bisher gut. Sollte sich auch unser Verkehr in der nächsten Zeit noch zeitweise verschlechtern, so wird dennoch im März-April eine bedeutende Besserung festgestellt werden können.

— (Die gewerbliche Reziprozität mit Österreich.) Das österreichische Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel erließ in seiner Verordnung vom 18. Februar 1919, Z. 95/1919, den Bescheid, daß Gesuche um Gewerbebewilligungen von Untertanen der auf dem Gebiete der österr.-ungar. Monarchie entstandenen Staaten bis auf weiteres ebenso zu behandeln sind, wie die Gesuche der österreichischen Staatsbürger. Außerdem hat sich die österreichische Republik laut dem Art. 228, Kap. IV des Friedensvertrages, der bereits ratifiziert, aber noch nicht in Kraft getreten ist, verpflichtet, daß sie Untertanen der Entente verbündeten Staaten, also auch Jugoslawiens, bezüglich der Betreibung des Handels, Gewerbes und sonstigen Berufe nach dem Grundsätze der Meistbegünstigung behandeln wird.

— (Handelsvertrag mit Österreich. — Herstellung einer Lokomotivfabrik.) In Belgrad fanden Verhandlungen über das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Österreich statt. Es handelt sich darum, ob der alte Vertrag erneuert oder durch Zusätze abgeändert werden soll. Die österr. Delegierten wünschten die Aufrechterhaltung des bisherigen Vertrages, während bei den südslawischen Delegierten die Meinungen geteilt sind. Die Alliierten in Paris suchen auf die Belgrader Regierung einzuwirken, Österreich und Ungarn diesen Winter mit Lebensmitteln auszuhelfen, um die Bevölkerung dieser Länder vor der drohenden Hungersnot zu bewahren. Die Verhandlungen sind nunmehr beendet. Es wurde auch vereinbart, daß Österreich eine bestimmte Anzahl von Lokomotiven und Waggons liefert und das Bahnmateriale in brauchbarem Zustand versetzt. Ferner verpflichtet sich Österreich, eine komplette Fabrik zur Herstellung von Lokomotiven und Waggons zu verkaufen, die abmontiert und auf südslawisches Territorium verlegt wird. Dafür hat Jugoslawien an Österreich bestimmte Mengen Lebensmittel zu liefern.

— (Amerika für Wien.) Wie aus Wien gemeldet wird, hat Amerika den Armen Wiens unentgeltlich 10.000 Ballen Baumwolle gespendet, um daraus Wäsche herzustellen.

— (7000 abgestrafte Zwischenhändler.) Eine Hauptschuld an der ungeheuren Teuerung trägt bekanntlich der unberechtigte Zwischenhandel, der sich kettenartig (Kettenhandel) zwischen den Erzeugern und Verbrauchern einschleibt, um leicht

und viel zu verdienen und so die Ware immer mehr zu verteuern. Nicht den anständigen Kaufleuten, wohl aber solchem blutsaugerischen Geleicher soll mit drakonischer Strenge zu Leibe gerückt werden, wie es in Frankreich geschieht, wo bereits an 7000 gewissenlose Händler mit Kerker bestraft wurden!

— (Eisenbahnverbindung Triest — Fiume.) Der Fiumaner Berichterstatter des „New York Herald“ meldet, D'Annunzio sei entschlossen, auch das Hinterland Fiumes für Italien zu verlangen, um da durch die Eisenbahnverbindung Triest — Fiume über St. Peter zu sichern.

— (Waggonzählung in ganz Europa.) „Marodui Politika“ meldet, daß unter der Leitung der Entente jetzt eine Zählung der Eisenbahnwaggons in ganz Europa vorgenommen wird.

— (Erhöhung der Eisenbahngelöhne in Deutschösterreich.) Das Staatsamt für Verkehr in Wien wird Mitte Jänner die Eisenbahngelöhne für den Personenverkehr um 50%, für den Frachtverkehr um 100% erhöhen.

— (Staatsbankrott in Österreich?) Das „Neue Wiener Journal“ meldet: In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß Österreich im März d. J. den Staatsbankrott wird anmelden müssen, und daß nach Österreich auch Deutschland in dieselbe Lage kommen werde.

— (Südslawien beim Völkerbunde.) „Morgenzeitung“ (Wien) meldet, daß die südslawische Delegation ihren Beitritt zum Völkerbund anzeigte.

— (Feldmarschall Mackensen) ist am 3. Dezember 1919 in Berlin eingetroffen. Das Volk jubelte ihm zu.

— (Österreichisches Defizit: 7267 Millionen.) Das Defizit der Republik Österreichs beläuft sich auf die Riesensumme von 7 Milliarden 267 Millionen Kronen. Es soll, soweit nicht die geplanten Steuern und die Vermögensabgabe zur Verfügung stehen, im Anleihewege gedeckt werden. — Die Kopenhagener „Politiken“ meldet aus Wien: Die wirtschaftliche Lage, die drohende Finanzkatastrophe und die vollständige Unmöglichkeit, die Ernährungs- und Kohlenfrage zu lösen, hat in österreichischen Regierungskreisen eine verzweifelte Stimmung hervorgerufen. Das Kabinett erwägt ernstlich den Gedanken, zurückzutreten und dem Obersten Rat die Staatsverwaltung zu übergeben mit dem Hinweis, daß Österreich keine Existenzmöglichkeit mehr habe.

Witterdorf. (Gestorben) ist am 28. Dez. der verwitwete Auszügler Josef Haberle in Windischdorf 36 im 87. Lebensjahre. Durch Jahrzehnte brachte er die meiste Zeit in Laibach als Hausierer zu und ob seines gemüthlichen Charakters und mit seinen zahlreichen lateinischen Sprüchlein erwarb er sich dort viele ständige Kunden. Er ruhe in Frieden.

— (Volksbewegung.) Im abgelassenen Jahre haben hier 16 Paare geheiratet; 28 Kinder (13 Knaben und 15 Mädchen) sind geboren worden, während 39 Personen (18 männlich und 21 weiblich) das Zeitliche segneten.

— (Das hiesige Postamt) wurde dem Fräulein Amalie Eisenzopf, Postoffiziantin, verliehen.

Verantwortlicher Schriftleiter E. Erter. — Herausgeber und Verleger Josef Spich. Buchdruckerei Josef Pavlicek in Gottschiee.

Verein der Deutschen a. Gottschiee in Wien.

Sitz: 1., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Sonntag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, 1., Badenbergerstraße Nr. 5a.

Unseren lieben Gästen danken wir für den zahlreichen Besuch im Laufe des vergangenen Jahres und wünschen ihnen zum Jahreswechsel ein herzliches

Profit 1920!

Café „Viktor“.

Die p. t. Mitglieder des unterfertigten Vereines werden ersucht, die Zahl der Familien-Angehörigen im Geschäftslokale bekannt zu geben.

Der Vorstand des Allg. Einkaufsvereines in Gottschiee.

Abonnieret und leset die „Gottscheer Zeitung“!

Sparkasse der Stadt Gottschiee

Das Amtsfokal der Sparkasse der Stadt Gottschiee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amststage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmakttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11.272.732,27.
Zinssfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2%
Zinssfuß für Hypotheken 4 1/2%.